Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 77 (1999)
Heft: 1

Artikel: Weltwirtschaftskrise, Markt und Ideologie
Autor: Meier, Markus B.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341479

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltwirtschaftskrise, Markt und Ideologie

Vom endgültigen Durchbruch der Marktwirtschaft war seit zehn Jahren die Rede. Die ideologische Verklärung des «freien Marktes» wurde in einem historisch noch nie dagewesenen Ausmass zur internationalen Ideologie der Eliten. Diese Ideologie wurde durch die Asienkrise und ihre Folgen arg angeschlagen.

Markus B. Meier

Die Aussage, dass mit Märkten gewisse wirtschaftliche Organisationsfragen besser gelöst werden können als zum Beispiel mit einem System geplanter Zuteilung, entspringt keiner Ideologie. Nur besagt sie noch so gut wie nichts. Ob ein Markt effizient ist und welche Verteilungswirkungen er entfaltet, hängt davon ab, auf welches organisationelle Problem er angewandt werden soll. Für die Herstellung und den Vertrieb von Schokoladenriegeln eignet er sich zum Beispiel weit besser als zur Genese und Aufrechterhaltung eines funktionierenden und gerechten rechtlichen Regelsystems. Ein weiteres Beispiel: Praxis wie moderne Theorie machen klar, dass im Bereich der Arbeitsverhältnisse Märkte aus Effizienzgründen eine geringe Rolle spielen; die wenigsten berechnen für jede Qualität ihrer vielen täglichen Tätigkeiten einen Preis, ihr Lohn ist meist monatlich fixiert, sie unterwerfen dafür ihre Arbeitskraft einer Firma, innerhalb dieser Märkte so gut wie gar nicht spielen.[1] Ganz entscheidend ist auch, in welchem institutionellen Umfeld sich Märkte abspielen: Ohne die Aufrechterhaltung einer Rechtsordnung und die Bereitschaft der Mehrheit, sie zu akzeptieren, kann kein Markt funktionieren. Umgekehrt haben in einem Markt alle individuell einen Anreiz, diese Regeln zu brechen.[2] Märkte können also noch nicht einmal ihre eigene Existenz sichern. Die Klärung der Machtverhältnisse auf einem Markt ist schliesslich besonders wichtig, um dessen Wirkungen beurteilen zu können. Schon HandelsschülerInnen lernen, dass grosse Marktmacht (zum Beispiel ein Monopol) nicht nur die Effizienz auf einem Markt schwächt, sondern auch zu Ausbeutung führt. Der klassische Idealmarkt ist der, in dem niemand die Macht hat, einen Preis zu beeinflussen.[3] Da der perfekte Markt aus verschiedenen Gründen nicht existieren kann, ist die Beurteilung, wie sinnvoll ein Markt ist, nur im Vergleich mit einem anderen Orga-

[1] Die Kosten (die sogenannten Transaktionskosten), die nötig wären, um bei der Komplexität der meisten Arbeitsverhältnisse für jede einzelne Tätigkeit einen Preis zu berechnen, wären so hoch, dass sie den allfälligen Effizienzvorteil einer Abwicklung jeder Tätigkeit über den Markt weit übersteigen würden. Noch viel wichtiger ist aber, dass die MarktteilnehmerInnen in diesem Fall oft nicht beurteilen können, ob jede dieser vielen Aufgaben auch wirklich im Sinne der Vereinbarung ausgeführt wurde bzw. dies genausowenig beweisbar ist wie die Tatsache, ob jede Seite auch wirklich das Bestmögliche zur Ausführung der Tätigkeit beigesteuert hat. Ohne gegenseitiges Vertrauen würden dann keine Tätigkeiten mehr ausgeführt. Der reine Lehrbuch-Markt kennt die Grösse Vertrauen aber nicht.

[2] Ein einfaches Beispiel: Eine staatliche Ordnung, die alle akzeptieren, kann nur durch Steuern finanziert werden, was allen einleuchtet. Und doch versuchen alle individuell, möglichst wenig Steuern zu zahlen.

[3] Zur Verdeutlichung: Auf dem Arbeitsmarkt würde das bedeuten, dass eine Arbeitgeberin gegenüber einem Arbeitnehmer in keiner Weise in einer stärkeren Position wäre. Der Arbeitnehmer könnte, gefiele es ihm nicht mehr, jederzeit und sofort eine neue Arbeitgeberin finden, umgekehrt erhielte auch die Arbeitgeberin sofort eine neue Arbeitskraft. Macht- und Druckmöglichkeiten wären somit ausgeschlossen, auch über den Lohn.

ZENTRALBIBLIOTHEK ZÜRICH

nisationsprinzip und anhand dem konkreten zu organisierenden Gegenstand zu beurteilen.[4]

Der effiziente Mark

Die allgemeine Aussage: «Der Markt ist immer effizienter» ist eine leere und rein ideologische Hülse. Sie zu verwenden, zeichnet den Neoliberalismus, die Ideologie vom freien Markt, aus. Sie ist (und war schon immer) eine Rechtfertigungsstrategie für die zerstörerische Ausbeutung von Mensch und Natur. Der grösste Egoist, der grösste Räuber wird zum wahren Wohltäter verklärt, umgekehrt wird soziales Engagement als Strategie des Effizienzverlusts, des ökonomischen Untergangs denunziert. Solches hat nichts gemein mit ökonomischer Wissenschaft.

Was hat das alles mit der Asienkrise zu tun? Die Ideologie des freien Marktes ist schuld daran, dass die Gefahren nicht frühzeitig erkannt und dass die Ereignisse fehlinterpretiert wurden, und schliesslich, dass die Reaktion darauf die Situation noch verschlimmerte.[5] Vollkommen freie Kapitalmärkte können nach dieser Ideologie nur von Gutem sein, sie versprechen hohen Nutzen für die Empfängerwirtschaften bei gleichzeitig hohen Gewinnen für die GeldschieberInnen. Die Prophezeiung erfüllte sich in Asien scheinbar selbst: Die in die südostasiatischen Länder einfliessenden, schnellen Gewinn suchenden Gelder wurden in Immobilien und Aktien angelegt, wodurch deren Preise stiegen (und damit statistisch auch die Wirtschaftskraft des Landes) und auch die Gewinne der SpekulantInnen; dies führte wiederum zu weiteren Anlagen.

Die Theorie der Marktwirtschaft besagt, Menschen würden sich in der Summe nicht irrational verhalten. Es war unter den gegebenen Rahmenbedingungen keineswegs irrational, Preise für Wertpapiere oder Immobilien zu bezahlen, die mit deren wirtschaftlichem Wert nichts mehr gemein hatten. Denn solange genügend Gewissheit bestand, dass alle anderen mitkaufen, blieben die Gewinnchancen erhalten; ein frühzeitiger Ausstieg aus der Spekulationsspirale bedeutete Gewinnverzicht. Erst als diese Gewissheit schwand – für jede Phase der Krise hat ein anderes Ereignis die Unsicherheit ausgelöst –, war es entscheidend, schnell genug die Gewinne zu realisieren, bevor alle spekulativen Werte in sich zusammenbrachen. Weil das alle wussten und entsprechend handelten, brachen die Preise mit rasender Geschwindigkeit zusammen. Damit zerfielen auch die virtuellen Werte, über die Personen, Firmen oder Banken als Sicherheiten für Kredite verfügten; so waren sie schlagartig hoch verschuldet. Weil daher alle sofort ihre Mittel von da zurückhaben wollten, wohin sie sie ausgeliehen hatten, wurde die Schuldenlast aus zwei Gründen zusätzlich massiv erhöht: Erstens stiegen dadurch die Zinsen an, einerseits weil die Wahrscheinlichkeit, die Mittel zurückzuzahlen, schwand, andererseits weil jetzt die Mittel insgesamt viel knapper waren. Zweitens führte der massive Abfluss der Gelder aus diesen Ländern zu einem Zusammenbruch von deren Währungen. Wer in ausländischer Währung verschuldet war, dessen Schuld erhöhte sich damit automatisch gewaltig. Die Verschuldung, der Zusammenbruch der Währungen und die hohen Zinsen machten jede realwirtschaftliche Tätigkeit beinahe unmöglich: Gut funktionierende Firmen, die ohne ihr Zutun ver-

Die neoliberale Ideologie besagt: Nur vollkommen freie Märkte können von Gutem sein.

[4] Verdeutlichende Beispiele: Wie dargelegt, zeigt sich bei Arbeitsverhältnissen der Markt einer «hierarchischen» Organisationsstruktur unterlegen. Sicherheitsdienste (die Polizei) rein privat über Märkte anzubieten wäre ebenso ineffizient im Sinne des Ziels, möglichst eine grosse allgemeine Sicherheit zu gewährleisten, wie es unsinnig wäre, den Schokoladenriegel-Vertrieb staatlich zu organisieren.

[5] Wie schon ausgeführt, stehen hinter dieser Ideologie oft auch Machtinteressen, die mit einem Konstrukt von Gemeininteresse zu verklären versucht werden. Dennoch schliesst dies nicht aus, dass auch gutmeinende Individuen ohne entsprechende Gewinninteressen sich von dieser Ideologie blenden lassen können.

schuldet waren, mussten in einem weit schwerer gewordenen wirtschaftlichen Umfeld höhere Margen erwirtschaften, nur um die Zinsen bezahlen oder Schulden zurückzahlen zu können. Neue Mittel für unternehmerische Tätigkeit zu erhalten, war zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen (Zinsen) nicht mehr möglich.

Zynisch auch die Forderungen des IWF, weil sie die Opfer auspressen und die Verursacher entschädigen.

Vom «asiatischen Wunder» ...

Diese Entwicklung kam nicht für alle überraschend, vor allem nicht für jene, die das «asiatische Wunder» und seine Rahmenbedingungen schon vor seinem Kollaps genauer analysiert hatten. Aber die vorherrschende Marktideologie war für alle Warnungen blind, und sie blieb es auch, als die Krise ihre ersten Höhepunkte erreichte. Auf die Krise in Asien reagierte der Internationale Währungsfonds (IWF) – eine Hochburg dieser Ideologie –, der nun für die Schuldenrückzahlung und die Bereitstellung von Währungsreserven benötigt wurde, mit seinen «bewährten» Ratschlägen: Budgetdefizit begrenzen und Währung stabilisieren, ohne Rücksicht auf die sozialen und letztlich auch politischen Wirkungen. In einer Situation, in der die Nachfrage ohnehin fast verschwunden war, wirkten sich Sparmassnahmen des Staates zusätzlich verheerend auf die Wirtschaftslage aus. Dieselbe Wirkung hatte das einzelnen Zentralbanken auferlegte Diktat, die Währung zu stützen. Diese mussten dazu die Zinsen gewaltig in die Höhe treiben, so dass die Verschuldung von Staat und Privaten automatisch weiter verschärft wurde und sich Investitionen kaum mehr lohnen konnten. Die Massnahmen scheiterten nicht nur, weil die Wirtschaftslage sich weiter verschlechterte, sie hatten auch unmittelbare politische Wirkungen. In Indonesien verschärfte die vom IWF verlangte Aufhebung von Subventionen für Grundnahrungsmittel die Armut. Millionen waren durch die Krise ohnehin arm oder noch ärmer geworden. Dies führte zu Aufständen und trug letztlich zur Ablösung des Diktators Suharto bei. Dieser galt aus marktfundamentalistischer Sicht als Garant wirtschaftlicher Prosperität. Diese Sicht kümmerte sich um dessen brutale Unterdrückungsmethoden ebensowenig wie um die Tatsache, dass sich alle wesentlichen Wirtschaftsbetriebe des Landes im Privatbesitz seiner Familie befanden, einige in Joint-Ventures mit japanischen, US-amerikanischen und europäischen Grosskonzernen. Ein Zustand, den nur Zyniker marktwirtschaftlich nennen können. Zynisch waren auch die Forderungen des IWF: weil sie die Opfer bestraften, während sie die Verursacher der Krise schützten, beziehungsweise, weil sie die Opfer auspressten, um die Verursacher zu entschädigen. Unter diesen institutionellen Bedingungen handelte es sich um ein «Spiel», bei dem die SpekulantInnen allfällige Gewinne kassierten, während für das Risiko die Bevölkerungen der betroffenen Länder aufzukommen hatten.

Eine ebenso sicheres Gewinnspiel schien Russland zu sein. Die dortigen Eliten, deren Politik nur danach beurteilt wurde, ob sie sich zur Marktwirtschaft bekennen, während der Grad an Marktwirtschaft lediglich an der Schwäche des Staates gemessen wurde, nahmen sich der Ratschläge an: Nun blühen dort Verbrechen und Korruption, der Staat wird von wenigen mächtigen Clans ausgebeutet, und die einzige noch funktionierende Ordnung ist die der Mafia. Aus diesem Land mit seinem nach wie vor enormen (auch nuklearen) Waffenpotential droht heute die grössere Gefahr für die Welt als je zuvor. Der Staat ist so schwach, dass er weder seinen eigenen Apparat beherrscht noch seine Angestellten bezahlen kann. Dieses Land, kaum in der Lage, Steuern einzutreiben, musste horrende Zinsen aufrechterhalten und bezahlen, um seine

Währung zu stützen (das heisst, den Geldabfluss zu verhindern) und um für seine Schulden Gelder zu erhalten. Aber mit dem IWF, der im schlimmsten Fall aushelfen und dann seinerseits dem Land Daumenschrauben anlegen würde, schien das Spiel für die SpekulantInnen ohne echtes Risiko und mit diesen Zinssätzen – zeitweise beliefen sie sich auf 150 Prozent – besonders gewinnträchtig zu sein. Die Rechnung ging diesmal nicht auf. Der IWF hatte in Asien zuviel Geld gebraucht, und Kritiker im US-Kongress wollten nicht ohne weiteres neues lockermachen. Die internationalen SpekulantInnen hatten sich verrechnet und verloren in Russland Milliarden von Dollars, darunter auch Schweizer Grossbanken, vor allem die Credit Suisse über ihre Tochtergesellschaft CS First Boston.

... zur Weltwirtschaftskrise

Dieser Schock führte dazu, dass die anfängliche Asienkrise zu einer schweren internationalen Weltwirtschaftskrise zu werden drohte, mit Lateinamerika als nächstem Opfer. Die SpekulantInnen, die zum ersten Mal wahrnahmen, dass sie in diesem Spiel auch selbst verlieren konnten, zogen überall ihr Geld zurück, wo sie befürchten mussten, es ohne Rettungsaktion des IWF zu verlieren. Davon betroffen war vor allem Brasilien,[6] das sofort und gewaltig die Zinsen erhöhte, um den Geldabfluss zu stoppen. Dies wiederum führte zu den schon aus Asien bekannten Folgen: eine vergrösserte Verschuldung – auch des Staates – und eine weiter gebremste Wirtschaftsaktivität. Vorübergehend bedrohte die Krise, wegen der gewaltigen Verluste westlicher Banken, auch die US-Wirtschaft direkt. Ende September musste der «Hedge Fund» Long-Term Capital Management (LTCM) Verluste von etwa 4,3 Milliarden US-Dollar eingestehen, Insider schätzten die Gesamtverluste auf 14 Milliarden. Dabei flog auf, dass einige der weltweit grössten Banken diesem Fonds Milliarden für dessen Glücksspiel überliessen, ohne genau zu wissen, was dieser mit dem Geld eigentlich treibt. Selbst die Schweizer UBS verlor eine Milliarde, und Konzernchef Mathis Cabiallavetta, nicht zum ersten Mal verlustreich in solche Spiele verwickelt, musste seinen Hut nehmen. Kurze Zeit bestand in den USA die reale Gefahr eines sogenannten «Credit-Crunchs», einer Situation, in der für wirtschaftliche Aktivitäten kein Geld mehr zu erhalten ist, auch zu hohen Zinsen nicht. Diese Angst vor einem plötzlichen Abfall der wirtschaftlichen Aktivitäten als Folge der Angst, angelegtes Geld zu verlieren, war Grund zur Aufregung in den USA und auch in Europa. Die amerikanische Zentralbank ist dieser Gefahr entgegengetreten. Einerseits hat sie beim Kollaps des Hedge Funds LTCM andere Banken gezwungen, für dessen kurzfristige Verbindlichkeiten aufzukommen. Weiter senkte sie dreimal in Folge überraschend die Leitzinsen, rein um der Angst entgegenzuwirken, es sei kein Geld mehr erhältlich. Sie tat damit mit Erfolg genau das Gegenteil von dem, wozu die Entwicklungsländer gezwungen wurden, und sie konnte es tun, weil der Dollar als internationale Leitwährung nicht Gefahr lief abzustürzen. Solche ungleichen Voraussetzungen entsprechen dem Gegenteil von dem, was die Theorie der freien Märkte als effizient beschreibt. Die Aktivitäten der Zentralbank beruhigten die Finanzjongleure; für sie – anders als für die Menschen in den hart getroffenen Ländern – war das Thema Wirtschaftskrise damit vom Tisch. Das Börsen- und Fusionskarussell dreht sich nach der Krisenpause des Sommers wie zuvor. Zur Beruhigung besteht allerdings wenig Grund. Die amerikanische Börse ist überbewertet, und wegen dieser Überbewer-

Einige der weltweit grössten Banken überliessen dem Long-Term Capital Fund LTCM Milliarden für dessen Glücksspiele.

[6] Russland oder Brasilien hatten schon vor der Asienkrise grosse wirtschaftliche Probleme, aber erst durch die Folgen dieser Krise und der hier beschriebenen Mechanismen haben sie sich zur ökonomischen Katastrophe ausgeweitet.

tung geben die Amerikaner durchschnittlich mehr aus als sie einnehmen. Macht sich an der Börse einmal mehr Nüchternheit breit oder tritt sogar eine Panik auf, ist das virtuelle Vermögen, dass diesen Konsumrausch stützt, plötzlich weg, und der Konsum bricht dann genauso schnell und heftig zusammen wie die ganze Wirtschaft.

Ein finanzieller Kollaps in Brasilien, nach dem asiatischen oder russischen Muster, ist gerade im Gang, während dieser Text geschrieben wird. Der IWF hat schliesslich das Spiel in Brasilien für die SpekulantInnen wieder so sicher gemacht, wie es zuvor in Asien war: Damit das Land seine überbewertete Währung zu halten imstande war, die trotz sehr hoher Zinsen kaum verteidigt werden konnte und daher durch Käufe der brasilianischen Zentralbank gestützt wurde, hat der IWF dem Land 41,5 Milliarden Dollar zugesprochen, ohne die GeldschieberInnen an Kosten und Risiko zu beteiligen. Jetzt (im Januar) befindet sich die Währung Real im freien Fall; die Folgen für viele – vor allem ärmere – Menschen in Brasilien (und anderen lateinamerikanischen Ländern) werden voraussichtlich verheerend sein.

Der perfekte Markt ist einer, in dem niemand Macht, also alle die gleichen Chancen haben.

Der perfekte Markt

Die Theorie der Marktwirtschaft besagt, dass in einem freien Markt die höchste Effizienz zu erzielen ist. Der perfekte Markt ist einer, in dem niemand Macht, also alle die gleichen Chancen haben. Ausserdem gehören zu seinen zwingenden Voraussetzungen funktionierende Regelsysteme, die zudem neutral in dem Sinne sein müssen, dass sie nicht von vornherein diskriminierend für die einen wirken und andere bevorzugen. All diese Voraussetzungen waren in der Asien-Russland-Brasilien-Krise nicht erfüllt. Ohne Fairness werden keine Regeln eingehalten, ohne funktionierenden Staat können sie nicht durchgesetzt werden.

Die Krise, die in Asien begann und deren letztliche Auswirkungen noch nicht absehbar sind, hat überdeutlich gemacht, wie wichtig gute staatliche und internationale Regulierungen sind und dass die bestehenden die Wirtschaftskrise und eine ungerechte internationale Umverteilung noch verschärft haben. Folgende Bereiche für Verbesserungen werden seit der Krise auch bei den EntscheidungsträgerInnen der internationalen Wirtschaftspolitik vermehrt diskutiert:

- Ein internationales Konkursrecht. Wenn einer Firma der wirtschaftliche Kollaps droht, sorgt das Konkursrecht innerhalb eines Landes dafür, dass erstens alle Betroffenen, und nicht nur die schnellsten und mächtigsten Gläubiger, zu ihren Mitteln kommen, und dass zweitens der Fortbestand der Firma möglichst gewährleistet bleibt. Solche Regeln existieren für verschuldete Staaten nicht. Bei einem funktionierenden und durchsetzbaren Konkursrecht haben Gläubiger von Anfang an ein Interesse an der langfristigen wirtschaftlichen Gesundheit ihres Schuldners. Eine Spekulation auf dessen Kosten wird damit unmöglich.
- Kontrolle der Finanztransaktionen. Dieser Bereich ist umfassend. Dazu gehört, dass Banken und GeldhändlerInnen (besonders Hedge Funds) besser kontrolliert werden sollen, dass sie grössere Reserven zurückbehalten müssen, dass sie mit Fremdgeldern nicht zu grosse Risiken eingehen dürfen, dass die Risikokontrolle selbst verbessert werden muss und der Abbau von impliziten wie expliziten Garantien.[7] Zu diesem Bereich gehören aber auch Mass-

[7] Eine implizite Garantie besteht, wenn eine Bank oder ein Fonds mit so viel Geld handelt, dass deren bzw. dessen Zusammenbruch eine ganze Wirtschaft mit sich niederreissen würde. Die ManagerInnen wissen dann, dass sie im Notfall gerettet werden und wagen von Anfang an zu riskante Einsätze, da so grössere Gewinne locken, während der Staat für zu grosse Verluste aufkommen wird. Eine explizite Garantie besteht, wenn die Banken so eng mit den Regierungen verbandelt sind, dass sie auch explizit auf staatliche Hilfe zählen können.

nahmen, die die Spekulation mit kurzfristigen Geldern unmittelbar erschweren, wie Kapitalverkehrskontrollen oder -beschränkungen oder Steuern auf solche Geldströme (z.B. eine Tobin-Tax).
- Regeln, die grössere Transparenz erzwingen. Die jeweiligen Kapitalströme und ihr Zweck müssen für alle besser durchschaubar werden, wie auch die genauen Verhältnisse der SpekulantInnen: wie gross deren Mittel sind, woher sie ihr Geld haben, nach welchen Risikokriterien sie ihr Geschäft betreiben und wer genau mit wem zu wessen Nutzen und Kosten handelt. Eine grössere Transparenz in diesem Sinn ist auch für die Tätigkeit von internationalen Organisationen angesagt, allen voran für den IWF.
- Die Zivilgesellschaft stärken. Die demokratischen Rechte der Bevölkerungen und deren soziale Absicherung müssen grösste Priorität haben, da auch wirtschaftlich stabile Institutionen nur in einer sozial und politisch gerechten Gesellschaftsordnung mit lebendigen demokratischen Strukturen lebensfähig sind und akzeptiert werden.
- Wirtschaftspolitische Verantwortung. Die Wirtschaftspolitik muss in einer Krise die Nachfrage unterstützen und in solchen Phasen von den verheerenden angebotsorientierten Massnahmen Abstand nehmen.[8] Auch die Währungspolitik braucht mehr Pragmatismus: Stark schwankende Währungen sind ein Problem, das Fixieren einer Währung an eine andere ist aber verheerend, wenn ein starker Geldabfluss und eine Wirtschaftskrise zu ihrer Überbewertung führt und sie dann mit extrem hohen Zinsen und hohen Devisenkosten verteidigt werden muss, was letztlich immer gescheitert ist und sich nur für die SpekulantInnen gelohnt hat, die so geradezu eingeladen wurden, gegen die Währung zu spekulieren.

Dass diese Bereiche wichtig sind, ist keineswegs eine neue Entdeckung, nur wurden ihre ProtagonistInnen von den neoliberalen EntscheidungsträgerInnen bisher marginalisiert und lächerlich gemacht. Erst als die Instabilität der unkontrollierten Märkte schliesslich auch die Profiteure selbst bedroht hat, wurde der Raum frei für diese breitere Reflexion wirtschaftlicher Vorgänge auch in den wirtschaftlichen und politischen Chefetagen.

Wie weit diese breite und positive Diskussion aber wirklich zu Änderungen führt, bleibt angesichts bisher ausbleibender konkreter Taten zweifelhaft: Der IWF ist mit Brasilien wieder genauso verfahren wie zuvor mit Russland oder Südostasien. Wie ernst der Diskurs wirklich ist, zeigt sich dann, wenn zumindest für die Finanzzentren die Gefahren gebannt sind.

Weltweite und nichtdiskriminierende Regelsysteme sind die Voraussetzung effizienter Märkte, und diese wiederum sind kein Selbstzweck – das glauben nur die Marktideologen –, sondern ihre Effizienz bemisst sich gerade daran, wie sehr sie das menschliche Leben und Zusammenleben verbessern. Die Globalisierung der Märkte erfordert die Globalisierung einer nichtdiskriminierenden, durchsetzungsfähigen politischen Ordnung. Was wir jetzt beobachten, ist die logische Konsequenz ihres Fehlens.

[8] Die angebotsorientierte Ökonomie legt die Betonung auf einen effizienzfördernden Strukturwandel und führt jede ökonomische Krise auf diesbezügliche Mängel zurück. In einer schweren wirtschaftlichen Krise Firmen zu schliessen, Löhne zu senken, Staatsausgaben einzuschränken und den Geldfluss zu verknappen (die realen Zinsen hoch zu halten) führt aber auch nicht zu einem Strukturwandel, denn dann werden nur noch wenige investieren und konsumieren, die meisten werden vielmehr sparen, um auf bessere Zeiten zu warten, die gerade deshalb nicht kommen. Siehe den Artikel von Serge Gaillard in dieser Nummer.

Markus B. Meier ist Mitarbeiter der Roten Revue und Wirtschaftsredaktor bei der Wochenzeitung (WoZ).